

Kliniken auf Zukunftskurs



KRANKENHÄUSER verbrauchen viel Energie und produzieren große Abfallmengen. Mit einer konsequent umweltschonenden Strategie tragen Kliniken zu gesunden Lebensverhältnissen bei und können zudem ihre Kosten senken. ► Die Zahlen, die die Nichtregierungsorganisation *Health Care Without Harm* (HCWH) im September 2019 vorlegte, sprechen eine deutliche Sprache: Das weltweite Gesundheitswesen war demnach bereits 2014 für 4,4% der globalen Schadstoffemissionen verantwortlich. Wäre der Gesundheitssektor ein Land, stünde er auf der Liste der größten Treibhausgas-Emittenten an fünfter Stelle. Krankenhäuser und Reha-Kliniken tragen in erheblichem Umfang zur Umweltbelastung bei. Um die Patientenversorgung sicherzustellen, laufen in den Kliniken viele Energieverbraucher rund um die Uhr: Der Strombedarf für Licht, Wärme, Kühlung, Lüftung und den Betrieb medizinischer Geräte ist immens. Ein einziges Krankenhausbett verbraucht im Schnitt pro Jahr so viel Energie wie vier Einfamilienhäuser; der Wasserbedarf pro Bett liegt bei 300 bis 600 Litern pro Tag. Hinzu kommen erhebliche Abfallmengen: Täglich fallen in einer Klinik sieben bis acht Tonnen Abfall an: Hausmüllähnliches wie Papier, Verpackungen und Glasflaschen, aber auch spezifische Abfälle wie Einmalhandschuhe, Kanülen, Medikamentenreste, Chemikalien oder infektiöses Material.

Das Konzept der »Green Hospitals«

Das europäische Regionalbüro der Weltgesundheitsorganisation (WHO) formulierte 2017 in einem Strategiepapier für ein umweltverträgliches Gesundheitssystem das Ziel, das Gesundheitswesen solle die Gesundheit der Menschen verbessern, erhalten oder wiederherstellen, dabei gleichzeitig die negativen Auswirkungen auf die Umwelt minimieren und die Umwelt zugunsten der Gesundheit und des Wohlergehens der gegenwärtigen sowie künftigen Generationen verbessern. In diesem Prozess kommt den Krankenhäusern als großen Ressourcen- und Energieverbrauchern ei-

ne zentrale Rolle zu. Immer mehr Kliniken weltweit stellen sich dieser Herausforderung. Das weltweite Netzwerk »Global Green and Healthy Hospitals« der HCWH hat bereits rund 1450 Mitglieder, die über 43 000 Kliniken und Gesundheitseinrichtungen in 72 Ländern repräsentieren.

Wie aber wird ein Krankenhaus »grün«? Der Ansatz der »Green Hospitals« sieht im Wesentlichen vor, dass Kliniken sowohl ihre Energieversorgung als auch ihren Wasserverbrauch und ihr Abfallmanagement möglichst umweltfreundlich ausrichten. In Deutschland setzt sich unter anderem der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) für eine klimafreundliche Umgestaltung des Gesundheitssektors ein. Seit 2001 verleiht der BUND das Gütesiegel »Energie sparendes Krankenhaus« an Einrichtungen, »die sich durch ein überdurchschnittliches Engagement in besonderer Weise um Energieeinsparung bemühen und damit einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten«. Als erste Klinik in Deutschland erhielt das Evangelische Krankenhaus Hubertus in Berlin die Auszeichnung. Die Klinik hatte bereits 2001 ihren Energieverbrauch um mehr als ein Drittel gesenkt, unter anderem durch die Umrüstung auf moderne Technik.

Klimamanager für Kliniken

Als Projektpartner war der BUND auch am Projekt »KLIK – Klimamanager für Kliniken« beteiligt, das das Bundesumweltministerium zwischen 2014 und 2016 im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) förderte. Beschäftigte in den teilnehmenden Einrichtungen wurden zu Klimamanagern und -managerinnen ausgebildet, um konkrete Klimaziele für die Einrichtungen festzulegen, Maßnahmen zu planen und umzusetzen. Während der Projektlaufzeit sparten 50 deutsche Gesundheitseinrichtungen insgesamt 34 500 Tonnen CO₂ und bis zu 10% ihrer Energiekosten ein. Seit Mai 2019 wird das Projekt unter dem Namen »KLIK green« mit dem ehr-

Dr. Silke Heller-Jung
ist freie Journalistin
und hat in Frechen bei Köln
ein Redaktionsbüro
für Gesundheitsthemen.
redaktion@heller-jung.de





geizigen Ziel weitergeführt, 250 Kliniken zum Mitmachen zu bewegen. Durch Einsparungen in den Bereichen Energie, Beschaffung, IT, Mobilität, Abfallvermeidung und Speisenversorgung sollen so binnen drei Jahren mindestens 100 000 Tonnen CO₂-Äquivalente vermieden werden. Neben der Ausbildung von Klimamanagerinnen werden die Kliniken auch dabei unterstützt, Fördermittel für klimafreundliche Umrüstungen zu beantragen.

Dass sich Klimaschutz auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten lohnt, hat das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE) bereits festgestellt. Seit 2014 ist das Thema Nachhaltigkeit ein zentrales Ziel innerhalb des UKE-Leitbilds. Bis 2050 soll das Klinikum klimaneutral sein. Ein erster Schritt auf diesem Weg war der Bau eines Blockheizkraftwerks mit Kälte-Wärme-Kraftkopplung. Die neue Energiezentrale hat nicht nur den jährlichen CO₂-Ausstoß um rund 4200 Tonnen reduziert, sondern sich innerhalb von zwei Jahren amortisiert, weil weniger Strom zugekauft werden muss. Weitere Maßnahmen des UKE-Klimakonzepts sind eine konsequente Digitalisierung, ein Rohrpostsystem für den Transport von Proben ins Labor, ein Fuhrpark von Elektrofahrzeugen und Fahrrad-Leasing-Angebote für die Beschäftigten.

Ärzte für Umweltschutz

Auch aufseiten der Ärzteschaft ist das Engagement für einen umweltschonenderen Gesundheitssektor groß. So beschloss der Deutsche Ärztetag im Jahr 2019, die nächste Zusammenkunft dem Schwerpunktthema »Klimawandel und Gesundheit« zu widmen. Bereits im Oktober 2017 gründeten Ärztinnen und Ärzte die »Deutsche Allianz Klimawandel und Gesundheit« (KLUG), um auf die dramatischen Folgen des Klimawandels aufmerksam zu machen. Im Juni dieses Jahres veröffentlichte das Bündnis ein Rahmenwerk »Klima-

gerechte Gesundheitseinrichtungen«. Darin listen die Autoren konkrete Maßnahmen auf, mit deren Hilfe zum Beispiel Kliniken ihre Umweltbilanz verbessern und gleichzeitig Kosten sparen können. Die Ideen für kurzfristige Maßnahmen umfassen unter anderem ein optimiertes Heiz- und Lüftungsverhalten und ein konsequentes Wertstoff-Recycling, aber auch die Umstellung der Patientenversorgung auf fleischärmere Menüs. Ein weiterer Vorschlag betrifft die Anästhesie: Bei klinischer Gleichwertigkeit sollten anstelle von volatilen Narkosegasen intravenöse Anästhetika (TIVA) verwendet werden – damit ließen sich die Treibhausgasemissionen massiv senken. Langfristige Maßnahmen wären klimaneutrale Neubauten sowie eine schrittweise energetische Ertüchtigung des Gebäudebestands, die Nutzung regenerativer Energien, aber auch Angebote wie Dienstfahräder oder Jobtickets für die Klinikangestellten oder die Entwicklung bindender, auf Nachhaltigkeit ausgerichteter Kriterien für den Einkauf von Verbrauchsmaterialien.

Klimaschutz aus juristischer Sicht

Bei der Versorgung von Patienten ist eine Vielzahl von rechtlichen Vorgaben zu beachten – von Anforderungen an das Qualitätsmanagement über Hygienevorschriften bis hin zu technischen, aber auch rechtlichen Standards und Normen. Mit den rechtlichen Rahmenbedingungen für einen nachhaltigen Betrieb von Krankenhäusern befasste sich im Frühjahr dieses Jahres der sechste Medizinrechtstag der *Bucerius Law School* (BLS) in Hamburg. Im Gesundheitsrecht spielt der Aspekt der Umweltverträglichkeit bislang zwar keine zentrale Rolle. Bei der digitalen Veranstaltung wurde jedoch deutlich, dass bereits zahlreiche Gesetze existieren, die den Schutz von Umwelt, Gesundheit und Nachhaltigkeit zum Ziel haben. Insbesondere das Verwaltungsrecht enthalte bereits Regelungen zum nachhaltigen Umgang mit Ressourcen in der Gesellschaft. Schon jetzt sei es – beispielsweise im Vergaberecht – möglich, innerhalb der Grenzen des Gesundheitsschutzes und der Patientenrechte nachhaltig zu handeln. Krankenhäuser könnten einen »erheblichen Beitrag dazu leisten, Klimaschutz- und umweltpolitische Ziele zu erreichen«, betonte Gerald G. Sander, Professor für Staats-, Verwaltungs- und Europarecht an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg. Und Michael Fehling, Professor für öffentliches Recht und Rechtsvergleichung an der BLS, stellte klar: »Wo sich mehr Umweltschutz ohne erhebliche Mehrkosten oder gar Einbußen bei Hygiene und Infektionsschutz verwirklichen ließe, ist das auch verfassungsrechtlich geboten.« ◻